

FÜR SIE AUS BERLIN:

DR. MARLON BRÖHR BERICHTET



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

derzeit bewegt das politische Berlin hauptsächlich ein Thema: Das Karlsruher Urteil zum Bundeshaushalt, welches eine krachende Niederlage für die Ampel bedeutet. Erstmals hat das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich über die Auslegung der Schuldenbremse geurteilt.

Der Trickserei der Ampel, Notlagen-Mittel freihändig umzuwidmen und in Form von Sondervermögen überjährige Selbstbedienungstöpfe einzurichten, wurde ein Ende bereitet. Das Karlsruher Urteil ist eine gute Nachricht für die Steuerzahler und für die Finanzstabilität der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung ist nun gefordert, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie ein verfassungskonformer Bundeshaushalt 2024 gestaltet werden kann.

In diesem Newsletter möchte ich Ihnen jedoch nicht nur Informationen zu aktuellen politischen Themen übermitteln, sondern Sie wie gewohnt auch über meine Tätigkeiten im Wahlkreis Mosel/Rhein-Hunsrück und in Berlin informieren. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Mit besten Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Marlon Bröhr'.

Ihr Marlon Bröhr



THEMATISCHE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

Aktuelle Lage des Bundeshaushalts

Uns alle beschäftigt das weitere Vorgehen bei der **Haushaltsaufstellung 2024** und die noch immer nicht in allen Details absehbaren **Folgen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Zweiten Nachtragshaushalt 2021**.

Angesichts der zahlreichen offenen Fragen haben wir uns mit der Fraktionsführung auf folgende Linie verständigt:

- Der **Bundeshaushaltsentwurf 2024** ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts der unklaren Folgen des Urteils **nicht beschlussreif**.
- Der Bundeshaushalt 2023 sollte noch in diesem Jahr **über einen Nachtragshaushalt korrigiert werden**.
- Bzgl. möglicher **Auswirkungen des Urteils auf den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF)** wurde seitens der Fraktion ein **Gutachten in Auftrag gegeben**. Die Ergebnisse werden zeitnah erwartet.

Schon in unseren ersten Einschätzungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts kamen wir zu dem Ergebnis, dass dessen Wirkungen weit über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) und die 60 Mrd. Euro hinausgehen. Deshalb hatten wir uns für eine **Verschiebung der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses** für den Haushaltsentwurf 2024 eingesetzt. Mittlerweile kommt selbst der Vizekanzler zu der Einschätzung, dass der WSF („Doppel-Wumms“) verfassungswidrig sei, und der Bundesfinanzminister hat Haushaltssperren in bisher nicht gekanntem Umfang verhängt.

Durch die falsche Verbuchung der Ausgaben bei den Sondervermögen wurde auch die Höhe der Nettokreditaufnahme für den Gesamthaushalt im Jahr 2023 und in der Planung für das Jahr 2024 zu niedrig angesetzt. Das Urteil hat deshalb Auswirkungen auf die Berechnungen zur Einhaltung der Schuldenbremse. Ohne eine Korrektur kann kein verfassungsgemäßer Zustand hergestellt werden.

Gesetzentwürfe zum Kampf gegen Antisemitismus

Wir blicken mit Abscheu auf den aus Anlass des Hamas-Terrors bei Kundgebungen und Demonstrationen in Deutschland offen zutage trenden Hass und Antisemitismus.

Die **Zurschaustellung von Freude über den Tod von Jüdinnen und Juden ist unerträglich** und muss alle nach den Regeln des Rechtsstaats möglichen **Konsequenzen nach sich ziehen**. Bedauerlicherweise hat sich gezeigt, dass die **strafrechtlichen Sanktionen** und ausländerrechtlichen Handlungsmöglichkeiten des deutschen Rechtsstaats **noch nicht den Erfordernissen genügen**.



CDU/CSU-Bundestagsfraktion/
Michael Wittig

Deshalb bringt die CDU/CSU-Fraktion zwei Vorlagen mit dringend notwendigen Gesetzesverschärfungen in den Deutschen Bundestag ein: Das „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Bekämpfung von Antisemitismus, Terror, Hass und Hetze“ sowie das „Gesetz zur Beendigung des Aufenthalts und Verhinderung der Einbürgerung antisemitischer Ausländer“.

Beide Gesetzentwürfe greifen den Regelungsbedarf auf, den wir bereits in unserem Entschließungsantrag zur Vereinbarten Debatte „Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen“ festgestellt haben: Im Strafrecht braucht es Anpassungen bei den Delikten der Volksverhetzung, des Landfriedensbruchs und der Sympathiewerbung für Terrororganisationen. Im Ausländerrecht wollen wir sicherstellen, dass antisemitische Ausländer nicht eingebürgert werden können und bei antisemitischen Straftaten unser Land wieder verlassen müssen.

Gesetzesentwurf zur Kindergrundsicherung

Der Gesetzesentwurf wurde am 9. November 2023 in erster Lesung im Deutschen Bundestag debattiert. Bereits am Montag, den 13. November 2023, – und damit noch vor der Befassung des Bundesrates – fand die öffentliche Anhörung dazu im Familienausschuss statt. Insgesamt haben alle Sachverständigen am Gesetzesentwurf deutliche und fundamentale Kritik geäußert. Die zentralen Kritikpunkte waren insbesondere:

- Die Übertragung der Kindergrundsicherung auf die Bundesagentur für Arbeit sei **verfassungsrechtlich problematisch**.
- Der mit dem Gesetzesentwurf verbundene massive **Bürokratieaufwuchs** sowohl für Familien als auch für die Verwaltung durch unterschiedliche Anlaufstellen und Antragstellungen.
- Die geplante Umsetzung über die Bundesagentur für Arbeit unter der neuen Bezeichnung „Familienservice“. Diese würde mit **Doppel- und Parallelstrukturen** einhergehen; die Beratungsstruktur bei den Jobcentern geht verloren; Familien (im Bürgergeldbezug) verlieren ihre Ansprechpartner vor Ort.

Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion muss der Gesetzesentwurf rechtzeitig gestoppt werden, da er mitnichten dem Anliegen, Familien zu stärken und Kinder aus der Armut zu holen, gerecht werden kann. Wir haben bereits mit unserem Leitantrag „Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen“ unser Gegenprogramm aufgezeigt.

AUSWAHL WICHTIGER INITIATIVEN DER CDU/CSU-FRAKTION

Arzneimittelversorgung sicherstellen – Versorgungssicherheit gewährleisten

In unserem Antrag werden angesichts der sich verstetigenden Medikamentenengpässe zahlreiche Maßnahmen gefordert, um die **Rahmenbedingungen für Arzneimittelhersteller zu verbessern**. Auch soll der Pharmadialog als Dialogformat wiederbelebt werden.

Zugleich sollen die **Vor-Ort-Apotheken eine stärkere Stellung erhalten**, um die Abgabe von Arzneimittel besser bewerkstelligen zu können. Insbesondere auf Kinderarzneimittel legen wir in unserem Antrag einen Fokus.

Wir fordern eine ausgewogene Mischung von Maßnahmen, die zur Bewältigung von Lieferengpässen und Versorgungsmängeln bei Arzneimitteln beitragen.

7% Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie beibehalten

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern auch weiterhin, die derzeit **befristet geltenden sieben Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie über den 31. Dezember 2023 hinaus beizubehalten**. Am 21. Juni 2023 haben wir im Finanzausschuss dazu einen Gesetzentwurf zur Abstimmung gestellt. Die Ampel lehnte unseren Gesetzentwurf ab. Dies stößt auf Unverständnis. Nach drei Verlustjahren in Folge ist die Situation der heimischen Restaurants nach wie vor kritisch.

Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, Wirtschaft unterstützen – Abbau überflüssiger und belastender Bürokratie.

Die deutsche Wirtschaft sieht sich mit weiter steigenden Belastungen durch Bürokratie konfrontiert. Der **Bürokratieabbau ist und bleibt eine Daueraufgabe**. Er kostet wenig, kann erhebliche Erleichterungen bringen und wirkt wie ein Konjunkturprogramm. Richtig gemacht, kann er gerade in Krisenzeiten einen **Beitrag zur Entfesselung der deutschen Wirtschaft** und damit zu neuem Wirtschaftswachstum sowie für mehr Klimaschutz leisten. Unseren Antrag finden Sie [hier](#).

Arbeitende Mitte stärken – Steuerbelastung senken.

Mit unserem Antrag fordern wir: Die **Arbeitende Mitte muss durch Senkung der Steuerbelastung gestärkt werden**. Hierzu fordern wir die Bundesregierung auf, den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum um 12 Prozent anzuheben, das Kindergeld für 2024 entsprechend anzuheben und die bis 2022 bestehende Stufung für kinderreiche Familien ab dem dritten und vierten Kind wiedereinzuführen.

Digitalstrategie zur Chefsache machen.

Der Digital-Gipfel der Bundesregierung fand am 20./21. November 2023 in Jena statt. Aus Anlass des Gipfels ziehen wir eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren Ampel-Digitalpolitik. Als Ergebnis stellen wir in unserem Antrag fest: **Deutschland verschläft unter der Ampel geführten Bundesregierung die Digitalisierung**.

Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen stärken.

Viele Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche erkranken im Laufe ihres Lebens an einer psychischen oder psychiatrischen Krankheit. Unser Antrag enthält vor diesem Hintergrund ein **umfassendes Bündel an Maßnahmen, um die Versorgung von psychisch Kranken zu verbessern** und insbesondere eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung qualitätsgerecht – ambulant, stationär und sektorenübergreifend – sicherzustellen sowie auftretende Wartezeiten zu reduzieren.

Positionspapier „Die Pflege zukunftsfest machen“

Die Situation in der Pflege ist weiterhin stark angespannt. Dies betrifft alle Bereiche, die mit pflegerischer Versorgung in Verbindung stehen. Unser Positionspapier umfasst **politische Forderungen, Ideen und mögliche Konzepte, die unterschiedliche Bereiche der Pflege abdecken**. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir als CDU/CSU - Bundestagsfraktion diese Punkte aufgreifen und das Thema Pflege mit verschiedenen Initiativen regelmäßig auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages setzen.

Aktion „Gelbe Bänder“

Die Teilnahme an der Aktion „Gelbe Bänder“ der Verbundenheit“ des Deutschen BundeswehrVerbandes war mir ein großes Bedürfnis – in diesem Jahr mehr denn je!

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion danke ich auf diese Weise allen Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Mit unserer Unterschrift machen wir sichtbar, dass wir nicht nur an sie denken, sondern sie auch bestmöglich unterstützen möchten.

Auf die gelben Bänder haben wir Grüße und Wünsche geschrieben. Anschließend werden die Bänder in die Einsatzgebiete geschickt.

Allen unseren Soldatinnen und Soldaten gilt mein großer Dank und meine Anerkennung!



BESUCH DER BUNDESWEHRSTANDORTE

Seit Beginn meiner Tätigkeit im Verteidigungsausschuss habe ich rund 30 Kasernen besucht. Mir war es wichtig, nicht nur über Soldatinnen und Soldaten zu sprechen, sondern auch mit ihnen. Vielen Dank für die interessanten Einblicke, die für meine Arbeit im Ausschuss von größter Wichtigkeit sind!



Invictus Games Düsseldorf 2023



Tag der offenen Tür - Diensthundeschule Ulmen



IT-Bataillon 281 in Gerolstein



Bund fördert Gigabit ausbau in Zell

Frohe Botschaft im September 2023 für die Region Cochem-Zell! Per Förderbescheid bewilligt der Bund dem Landkreis Mittel in **Höhe von 34,8 Millionen Euro**. Mit der „Förderung zur Unterstützung des Gigabit ausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ unterstützt der Bund den Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Bereits im letzten Jahr wurde bekannt gegeben, dass der **Rhein-Hunsrück-Kreis mit 33,6 Mio. Euro** und der **Kreis Bernkastel-Wittlich mit 16,2 Mio. Euro** gefördert werden.

TERMINE IM WAHLKREIS

Besonders wichtig ist es in meinem Beruf, mit den Menschen im Gespräch zu bleiben. Schon als Bürgermeister und Landrat bin ich deshalb gerne zu Ortsbürgermeistern und Gemeinderäten gefahren, weil man von ihnen immer Interessantes erfahren kann. Diese Tradition der Gemeindebesuche pflege ich weiter! Gut 80 Gemeinden habe ich bereits besucht und das bedeutet: es bleiben noch etwa 200 weitere übrig! Auch der Austausch mit Vereinen, der Blaulicht-Familie, Verbänden und Unternehmen ist mir äußerst wichtig. Nur wenn dieser funktioniert, erfahre ich, welche Themen die Menschen vor Ort beschäftigen und wie ich sie in Berlin bestmöglich vertreten kann.



Besuch der Gemeinde Fronhofen



Beirat Leiseres Mittelrheintal in Braubach



Verleihung Fluthilfemedaille DRK RHK



Vorlesetag in der KiTa Buch



20. Hunsrück-Halbmarathon in Kastellaun



Besuch bei "Service-Bund Mettler" in Morbach



Kommandoübergabe des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 in Büchel von Oberst Thomas Schneider an Oberstleutnant Samuel Mbassa

PRAKTIKANTEN - VERSTÄRKUNG AUS DER HEIMAT

Ich freue mich über jede Bewerbung aus meinem Wahlkreis und versuche, möglichst vielen jungen Leuten die Möglichkeit zu bieten, meine Arbeit in Berlin kennen zu lernen.

Vom **25.09.23 - 29.09.23** unterstützte **Mats Keim aus Altlay** als **Praktikant** mein Büro in Berlin. Er hat einen spannenden Praktikumsbericht über seine Woche im Deutschen Bundestag geschrieben.

Mats Keim: *"Ankunft 8:30 Uhr an der Pforte des Paul-Löbe Hauses: Es begann alles mit einem netten Empfang durch die Büroleiterin von Herrn Dr. Bröhr. Sie betreut als wissenschaftliche Mitarbeiterin beispielsweise den Verteidigungsausschuss mit. Anschließend stand der erste Punkt des CDU-Praktikantenprogramm auf dem Plan. Die um 9 Uhr beginnende Bundestagsführung mit rund 15 weiteren Praktikanten der CDU startete am Westeingang und nahm dann ihren informativen Lauf durch das Parlamentsgebäude. Die Führung ging rund 1 ½ Stunden und fand ihr Ende in der Parlamentskuppel."*

[Hier geht es zum vollständigen Bericht.](#)



Marlon Bröhr, MdB, mit Praktikant Mats Keim

BILDUNGSPOLITISCHE FAHRT NACH BERLIN

Dreimal im Jahr darf jedes Mitglied des Deutschen Bundestages eine **Gruppe von maximal 50 Personen** zu einer so genannten **bildungspolitischen Fahrt nach Berlin** einladen. Die Kosten für diese Fahrten (inklusive Doppelzimmer im Hotel und Verköstigung) trägt das Bundespresseamt, welches auch das Programm erstellt und die Betreuung der Gruppen vor Ort übernimmt.

Mir ist es sehr wichtig, zu diesen Fahrten grundsätzlich **ehrenamtlich tätige Menschen** aus meinem Wahlkreis einzuladen, um sie für ihre Unterstützung und ihren oft jahrzehntelangen Einsatz zu belohnen. Zu meiner **zweiten Fahrt in diesem Jahr, welche vom 24.09.23 bis zum 27.09.23** stattfand, durfte ich **Kreistagsmitglieder und politisch Engagierte** in Berlin begrüßen.

Traditionell steht der **Besuch des Reichstages** mit einem Informationsvortrag und der Besichtigung der Kuppel im Mittelpunkt. Auf dem Programm standen zudem **Führungen** in der **Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen** und im **Militärhistorischen Museum der Bundeswehr Flugplatz Berlin-Gatow** sowie ein **Informationsgespräch** im **Bundesministerium für Digitales und Verkehr**. Eine an politischen Gesichtspunkten orientierte **Stadtrundfahrt** durch die Bundeshauptstadt rundete das informative Programm ab.

Die **dritte BPA-Fahrt** wird vom **03.12.23 - 06.12.23** stattfinden. Eingeladen habe ich Mitglieder der Feuerwehr der Kreise Rhein-Hunsrück, Cochem - Zell, Bernkastel-Wittlich, des Kreisfeuerwehrverbandes RHK sowie der Notfallnachsorge Cochem.



BPA-Gruppe September 2023 (Foto: Bundesregierung/ StadtLandMensch-Fotografie)



Bleiben Sie auf dem Laufenden!